

**Au, 29. März 2015**

## **Kommunalpolitischer Rundbrief Nr. 4**

Liebe kommunalpolitisch interessierte Auer Bürger,

hier kommt der vierte kommunalpolitische Rundbrief mit dem wir Sie über die aktuellen Entwicklungen im Auer Gemeinderat auf dem Laufenden halten wollen. Wir nehmen Bezug auf die Sitzungen des Gemeinderats vom Februar und März 2014 und erläutern unsere Position zum Thema Flüchtlingsunterbringung – viel Spaß beim Lesen.

### **GR-Sitzung am 4. Februar 2015**

Hauptthemen der Sitzung waren der Jahresabschluss 2013 für den gemeindeeigenen Wasserversorgungsbetrieb, sowie der Haushaltsplan für das Jahr 2015 für die Gemeinde.

Mit dem Wasserversorgungsbetrieb rechnet die Gemeinde die Wasserversorgung im Gemeindegebiet ab. Ziel dabei ist ein ausgeglichenes Ergebnis, d.h. die Einnahmen aus den Gebühren für die Wasserversorgung sollten die entstandenen Kosten (im Wesentlichen Unterhaltskosten für das Wasserbehälter und das Leitungsnetz) decken (keine Gewinnerzielungsabsicht der Gemeinde). 2013 wurde dieses Ziel punktgenau erreicht, d.h. bei es wurden Aufwendungen und Erträge von jeweils ca. 217.000 € erzielt und der Betrieb schloss das Jahr mit einem Verlust von 400 € ab. Dieser wurde aus dem Gewinnvortrag der vergangenen Jahre (ca. 21.400 €) getilgt.

Des Weiteren haben wir den Haushaltsplan 2015 beraten und beschlossen. Demnach steht die Gemeinde was den Schuldenstand (Stand Ende 2014: ca. 1,17 Mio €) und die Rücklagen (Stand Ende 2014: ca. 844.000 €) anbelangt ganz gut da. Allerdings ist es nach dem aktuellen Plan (mit vorsichtig geplanten Gewerbesteuererinnahmen in Höhe von ca. 460.000 € und Einkommensteuereinnahmen in Höhe von ca. 952.000 €) nicht möglich die aktuellen Verwaltungsausgaben inklusive der Tilgungszahlungen (Ansatz für 2015 ca. 44.400 €) zu decken. Mit den geplanten Investitionen müssen - wenn alles so kommt wie angesetzt - ca. 230.000 € aus den Rücklagen entnommen werden. Hauptposten bei den geplanten Investitionen im nächsten Jahr ist ein neues Fahrzeug für den Bauhof mit einem Ansatz von 120.000 €, der noch benutzte Unimog ist über 20 Jahre alt und hat viele Reparaturen, so dass eine Neuanschaffung dringend geboten ist. Auf unsere Anregung hin ist im Investitionsprogramm für 2015 auch die Beschaffung von zwei Geschwindigkeitsmesstafeln vorgesehen, der Ansatz liegt bei 12.000 €, nach unseren Informationen müssten die Tafeln für insgesamt ca. 6.000 € beschafft werden können. Insgesamt ist der Haushalt sicherlich vorsichtig geplant und wir hoffen, dass die Entnahme aus den Rücklagen nicht in dem Umfang vollzogen werden muss. Allerdings beschäftigt uns aktuell auch das Thema Flüchtlingsunterbringung im Rat und

hier könnten durchaus weitere Kosten auf die Gemeinde, als die bislang im Investitionshaushalt angesetzten 40.000 € auf die Gemeinde zukommen. Im nicht-öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung vom 4. Februar aber auch in der

### **Arbeitssitzung vom 4. März**

hat uns dieses Thema schon sehr beschäftigt. Die Situation ist einfach so, dass die Gemeinde mit neuen Personenzuweisungen durch das Landratsamt rechnen muss und sich bislang, bis auf einen aktuellen Fall, keine Möglichkeit ergeben hat, Wohnraum zur Flüchtlingsunterbringung in der Gemeinde anzumieten. Da wir aber mit 5 bis 10 weiteren Personen im Jahr 2015 rechnen müssen, tragen wir uns aktuell mit dem Gedanken ein Haus für die Unterbringung der Flüchtlinge zu bauen. Die Gemeinde hat kaum eigene Grundstücke um ein solches Vorhaben zu verwirklichen. Angedacht ist nun zwischen blauem Haus und Weiherhofweg ein Haus für die Flüchtlinge zu bauen, auch wenn dieses Grundstück aufgrund seiner Größe und seiner direkten Lage an der L 122 sicherlich keine optimale Lösung darstellt. Die Diskussionen laufen nun, ob wir dieses Grundstück selber (durch die Gemeinde) bebauen, oder ob wir dieses durch einen Bauträger/Investor bebauen lassen und diesem ein Erbbaurecht von 20 bis 30 Jahren einräumen. Der Investor müsste dann die Wohnungen der Gemeinde zur Vergabe an Flüchtlinge überlassen, aber den Aufwand für den Unterhalt des Hauses übernehmen. Beide, Gemeinde und Investor könnten für ihre Investitionen eine Landesförderung von 25% in Anspruch nehmen.

Die Investor-Variante hätte den Vorteil, dass dieser günstiger bauen wird als dies die Gemeinde bei einer öffentlichen Ausschreibung der Gewerke tun kann und die Gemeindeverwaltung weniger stark mit der Abwicklung der Mietverhältnisse etc. belastet wäre. Auch kämen auf die Gemeinde aktuell keine hohen Investitionskosten zu. Wir als WBU-Fraktion favorisieren dennoch die Lösung, dass die Gemeinde das Grundstück selber bebaut und im Besitz des Hauses ist. Dabei sind für uns folgende Gesichtspunkte wichtig:

- Die Gemeinde hat eine soziale Verantwortung sowohl gegenüber den aufzunehmenden Flüchtlingen als auch gegenüber den potenziell als ausführende Unternehmer tätigen Handwerkern. Dieser sozialen Verantwortung wird sie als eigener Bauherr und Vermieter besser gerecht.
- Die Gemeinde kann die Belegung des Hauses (z.B. hinsichtlich Anzahl der Mieter, kulturellem Hintergrund der Flüchtlinge, etc.), besser steuern wenn ihr das Gebäude selber gehört.
- Sollten sich rückläufige Zahlen hinsichtlich der aufzunehmenden Personen ergeben, kann die Gemeinde über eine eventuelle anderweitige Nutzung des Gebäudes selbst bestimmen.

- Aufgrund der aktuellen Situation am Finanzmarkt bekommt die Gemeinde für die Rücklagen sehr geringe Zinssätze, könnte aber (wenn überhaupt nötig) zu sehr günstigen Konditionen Geld aufnehmen. Durch die zu erwartenden Mieteinnahmen kann der Bau damit sehr vorteilhaft selber finanziert werden.
- Die Gemeinde muss am Ende der Erbbaupacht kein Gebäude aufkaufen, sondern kann frei entscheiden, was mit dem ihr gehörenden Grundstück und Gebäude passieren soll.

In unserer nächsten Gemeinderatssitzung am Mittwoch nächste Woche (1. April um 19 Uhr im Bürgerhaus) werden wir das Thema (neben anderen, siehe Tagesordnung im Anhang) öffentlich beraten. Vielleicht möchte der eine oder andere die Diskussionen ja verfolgen oder uns auch auf schriftlichem Weg seine Ansichten zum Thema mitteilen. Wir freuen uns immer über gute Ideen und sachliche Anregungen.

Zum Schluss nochmals der Hinweis, dass inzwischen die offiziellen Protokolle der letzten drei öffentlichen Gemeinderatssitzungen auf der Homepage der Gemeinde einsehbar sind (über den Reiter „Politik und Verwaltung“ zu „Gemeinderat“ und „Sitzungsberichte“, oder hier direkt: <http://www.au-hexental.de/sitzungsberichte>). Auch dort kann man sich weiter informieren.

Für die WBU

Eure Gemeinderäte Bruni Hummel, Ursula Gottschall und Arno Mattes

*Dieser Rundbrief richtet sich an alle kommunalpolitisch interessierten MitbürgerInnen in Au. Er darf gerne weitergeleitet werden. Wer noch Interesse an unserem Rundbriefen hat, darf sich unter der Mailadresse: [info@wbu.de](mailto:info@wbu.de) gerne bei uns melden, dann nehmen wir Sie in den Verteiler auf.*